

Im Alter soll sich jeder selbst helfen

ALTERSVORSORGE ENGLAND/Die staatliche Rentenversicherung in Grossbritannien deckt kaum das Existenzminimum.

Corinna Gutt

John McCulloch war gerade 50 Jahre alt, als sein Arbeitgeber, die englische Firma Standard Chartered Leasing Company, von einer anderen Bank übernommen wurde. Von den dreissig Mitarbeitern wurden nur vier von dem neuen Eigentümer weiterbeschäftigt. McCulloch war nicht dabei. Man bot ihm statt dessen eine Abfindung oder die sofortige Zahlung einer Betriebsrente an. Nach 14 Jahren Betriebszugehörigkeit wollte der Arbeitgeber ihn so stellen, als hätte er bis zum Alter von 60 Jahren in den Pensionsfonds eingezahlt.

Vorzeitiger Ruhestand mit Minimalrente

McCulloch entschied sich für den Ruhestand und erhält seitdem knapp ein Drittel seines früheren monatlichen Nettogehaltes. Daneben verfügt er über Einkünfte aus seiner privaten Vorsorge, die ihm ein weiteres Drittel bescheren. Aber um seinen Lebensstandard annähernd zu halten und seinen schulpflichtigen Kindern eine solide Ausbildung zu verschaffen, unterrichtet er täglich ausländische Geschäftsleute in Englisch. Erst mit 65 Jahren wird er auch eine staatliche Rente erhalten. Diese besteht derzeit aus einer Grundrente von etwa 60 Pfund pro Woche und einer einkommensabhängigen Rente (SERPS, State Earnings Related Pension Scheme). Doch wieviel das in 15 Jahren ist, ist ungewiss. Nach einer Änderung der Berechnungsgrundlage unter der Thatcher-Re-

*Serie: Altersvorsorge in der Diskussion. Bisher erschienen: Altersvorsorge USA, Nr. 1 vom 4.1.1996, Altersvorsorge Deutschland, Nr. 4 vom 25.1.1996, Altersvorsorge Spanien, Nr. 7 vom 15.2.1996 und Altersvorsorge Frankreich, Nr. 10 vom 7.3.1996.

gierung sank die Grundrente bereits von 20 auf 15% des britischen Durchschnittseinkommens und nach weiteren Berechnungsänderungen wird sie in 50 Jahren nur noch 7% des durchschnittlichen Einkommens der Briten ausmachen. Die 1978 unter der Labour-Regierung eingeführte einkommensunabhängige Rente wollte Lady Thatcher zunächst komplett streichen. Sie konnte sich damit aber nicht durchsetzen, doch hat sie die Rentenzahlungen halbiert. Eine weitere Halbierung der einkommensabhängigen Rente wurde im vergangenen Jahr von der Regierung Major beschlossen.

Betrügerische Privatversicherer

Das Rentensystem in Grossbritannien wird zu einem grossen Teil aus den allgemeinen Steuereinnahmen finanziert und ist nur zu einem geringen Teil durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Sozialversicherung (National Insurance) gedeckt. Die konservative Regierung unter Margret Thatcher erkannte schon in den achtziger Jahren, dass mit der Zahl der Rentempfänger die Finanzschwierigkeiten der staatlichen Altersversorgung wachsen und Grossbritannien nur mit niedrigen Lohnnebenkosten international wettbewerbsfähig ist. Die Konservativen haben durch radikale Reformen des Sozialwesens die Staatsausgaben mittlerweile auf fast 40% des Bruttoinlandproduktes begrenzt. Die Lohnnebenkosten sind rund 50% niedriger als in Deutschland. Der Staat versucht, seine Rolle als Garant für ein Sozialnetz abzugeben und die Verantwortung auf die Einzelnen zu übertragen. So wird die Bevölkerung mit Steuervorteilen ani-

miert, die staatliche einkommensabhängige Rentenversicherung und betriebliche Rentenkassen in eine private Altersvorsorge umzutauschen. Tausende britische Arbeitnehmer, die dieser Aufforderung bereits nachkamen, wurden jedoch von aggressiven Verkäufern zahlreicher Versicherungs-Unternehmen betrogen, weil ihre Rente noch kleiner ausfällt als im staatlichen System. Dieser Skandal wird die englische Versicherungsindustrie vermutlich mehrere Mrd Pfund Entschädigungszahlungen kosten.

Unsichere Betriebsrenten in Arbeitgeberhand

Und schliesslich wären da noch die Betriebsrenten: Seit dem Zusammenbruch der Maxwell-Gruppe scheinen auch diese nicht mehr sicher. Bei diesem Pensionskandal bediente sich der Firmengründer und Miteigentümer Robert Maxwell mit über 440 Mio Pfund bei den Altersrücklagen seiner Angestellten. Ein neues Gesetz, welches im April 1997 in Kraft treten wird, soll hier in Zukunft eine bessere Kontrolle und eine Ausfallsicherheit gewährleisten. Doch der englische Unternehmerverband warnt vor höheren Kosten. Diese können sich auf die Höhe der Rentenzahlungen niederschlagen oder werden das Angebot für Betriebsrenten reduzieren. Ohnehin hat sich aus Furcht vor steigenden Lohnnebenkosten bereits die Zahl der Arbeitsverträge mit einer Betriebsrente seit 1983 um 4% auf heute 48% der britischen Arbeitnehmer reduziert.

In Anbetracht dieser Situation weiss sich McCulloch trotz des beruflichen Ausglicks. Er gehört nicht zu den 70% britischer Rentenhaushalte, die in die unterste Einkommenskategorie fallen.